

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 60 (1980)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Wer kreist wen ein? : Westeuropa im Spannungsfeld  
**Autor:** Hassner, Pierre  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-163626>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Wer kreist wen ein?

## *Westeuropa im Spannungsfeld*

### *Die neue Debatte*

Es ist offenbar: die Westeuropäer blicken mit wachsender Verwirrung auf die Sowjetunion. Zur Zeit des Kalten Krieges (sollte es vielleicht heissen: des ersten Kalten Krieges, jenes der fünfziger Jahre?) waren sie mehr oder weniger einig im Glauben an ein mehr oder weniger enges Band zwischen Revolution, Kommunismus und Sowjetunion. Für Rechtsgerichtete und für die reformistische Linke stellte die Sowjetunion eine Bedrohung dar; für die Kommunisten, ihre Sympathisanten und den grössten Teil der äussersten Linken bedeutete sie die Hoffnung.

Dann entdeckten die einen die Entspannung und die anderen den GULAG. So kam es – insbesondere in Frankreich – zum Hin und Her zwischen konservativen Regierungen, die Breschnjew den Hof machen, und revolutionären Intellektuellen, die Solschenizyn feiern, aber es bildete sich auch eine gewisse Konvergenz heraus: ausser für die zwei letzten Formationen der Unentwegten, die nostalgischen und die rückfälligen Stalinisten, verkörpert die UdSSR nicht mehr die Revolution; sie ist zu einer imperialen Grossmacht geworden wie andere. Der Konsens geht noch weiter: man ist sich allgemein einig über ihr ideologisches und wirtschaftliches Scheitern und über ihre Erfolge im Bereich der militärischen Macht.

Daraus folgen neue Meinungsverschiedenheiten auf realistischerer Grundlage; die sind um so schwieriger beizulegen, als sie sich doch weniger auf die Natur des Sowjetregimes und seine geschichtliche Funktion beziehen als auf die Aussenpolitik des Kremls und ihre Konsequenzen für Europa. Wenn die Sowjetunion, wie es Raymond Aron ausdrückt, «ein bewaffneter Prophet ist, der seine Prophetenmission verlor, aber seine Waffen behält» fragt sich: ist dies beruhigend oder beunruhigend? Führt die Kombination von wirtschaftlicher Schwäche und militärischer Macht zu Mässigung oder zu Waghalsigkeit? Für die einen ist die Sowjetunion ein Riese auf tönernen Füssen; ihr liege nur die wechselseitige wirtschaft-

liche Abhängigkeit und die innere Ordnung am Herzen, die Entspannung und der Status quo; für andere führt der widersprüchliche Charakter der Ergebnisse, die sie erreicht hat, dahin, dass sie das Primat auf die äussere Macht verlegt. Dieses Primat verstärkt sich immer mehr, weil die erzielten Erfolge den Appetit anreizen und von inneren Schwierigkeiten ablenken.

Es ist zu befürchten, dass diese neue Debatte in Zukunft zu einem der Hauptthemen der Konfrontation zwischen gegnerischen politischen Kräften wie zwischen Experten wird. Denn sie wird sowohl von den Konflikten der Gegenwart, als auch von der Zweideutigkeit der sowjetischen Aktionen geschürt. Wie immer es sich wirklich verhielt, in den früheren Perioden des Kalten Krieges und der Entspannung herrschte ein gewisser Konsens; im ersten Fall über das Primat der militärischen Konfrontation und die Bipolarität, im zweiten Fall über die inneren Konflikte und Veränderungen und die Multipolarität. Das Problem der militärischen Bedrohung durch die Sowjets schien relativiert durch Konflikte zwischen kommunistischen Staaten oder zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und durch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Krisen.

Heute taucht das Problem der militärischen Bedrohung bzw. des militärischen Gleichgewichts wieder auf. Doch weder die innere Situation Westeuropas, noch jene der Welt, die es umgibt, ermöglichen eine «Heilige Allianz» gegenüber einer einzigen äusseren Bedrohung. Daraus ergeben sich psychologische und wirtschaftliche Prioritätskonflikte; die Gefahr besteht, dass sie zu immer schärferen Konfrontationen zwischen der Rechten und der Linken, zwischen Europa und Amerika, bzw. zwischen europäischen Verbündeten selber führen. Es geht um den Anteil der Verteidigung gegenüber anderen Aufgaben und um die Realität der sowjetischen Gefahr im Verhältnis zu anderen Bedrohungen.

Gewiss, die Positionen in dieser Debatte werden zum grossen Teil durch Versuche politischer Manipulation oder durch eine von Ideologie verzerrte Perspektive bestimmt, aber darauf lassen sie sich nicht reduzieren; es ist die sowjetische Politik selbst in ihrer Komplexität und Besonderheit, die den Anhängern der beiden entgegengesetzten Thesen immer neue Argumente liefert.

In Frankreich beschuldigt Annie Kriegel die Sowjetunion des systematischen Bestrebens, «das Gleichgewicht der Kräfte im Weltmassstab zu ihren Gunsten zu verändern und dabei politische und militärische Mittel direkt oder durch Vermittlung vorgeschoßener Verbündeter zu kombinieren<sup>1</sup>» – während sich Präsident Giscard d'Estaing persönlich vom Friedenswillen der sowjetischen Führungsgruppe überzeugt erklärt, die keinerlei militärische Pläne gegen Europa hege<sup>2</sup>. Dazwischen liegen Raymond Arons kritische Zweifel, wenn er sich angesichts «einer solchen

Anhäufung von Waffen und so wenig Kriegsangst» die Frage stellt, ob wir «Opfer unserer Illusionen seien oder so durchaus von der Weisheit der Sowjets überzeugt». Dieselben Gegensätze findet man auch bei der Linken, wo sich manche halblaut über den sowjetischen Expansionismus beunruhigen, wobei sie allerdings das Wort «Imperialismus» vermeiden, während andere das Sowjetregime zwar kritisieren, aber dennoch in ihm einen Faktor des Friedens, des Gleichgewichts und des antiimperialistischen Widerstands sehen.

Die einen weisen auf den riesigen militärischen Aufwand der Sowjets hin, die bei einem Nationaleinkommen, das nur die Hälfte des amerikanischen erreicht, 20 bis 50 % mehr für militärische Zwecke ausgeben; die im Bereich strategischer Waffen mindestens gleichgezogen und dabei eine bedeutende regionale Überlegenheit bewahrt haben, die sich Mittel für eine globale Präsenz zur See und in der Luft schufen. Sie ist zwar der westlichen quantitativ unterlegen, macht sich aber in Asien und Afrika spürbar – direkt, wie in Äthiopien, oder durch die Unterstützung kubanischer sowie vietnamesischer Unternehmungen. Andere mögen den amerikanischen technischen Fortschritt unterstreichen, die Sorgen, die sich die Sowjets über China machen, Moskaus Interesse an den SALT-Verträgen und an der militärischen Entspannung, sein Bedarf nach Frieden und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, die Tatsache, dass Moskau sich für die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit entschieden hat, seine Vorsicht – sie war grösser als jene der Amerikaner, wie man anlässlich des Konflikts zwischen Vietnam und China feststellen konnte – bei der Anwendung militärischer Macht ausserhalb des eigenen Imperiums.

Die einen vermuten, dass die Sowjetunion sich die strategische Überlegenheit über die USA, wenn nicht gar die Möglichkeit des «ersten Schlages» sichert, um die «Finnlandisierung» Europas zu erreichen oder sogar seine Satellitisierung durch direkte oder indirekte Bedrohung mit militärischer Macht, durch Aktionen der Kommunistischen Parteien oder indem sie Europa wie China von ihren Rohstoffquellen abschneidet – vor allem von den unentbehrlichen energetischen Rohstoffen –, wie es eine führende sowjetische Persönlichkeit schon 1955 im Gespräch mit Sacharow ankündigte. Moskaus Kundgebungen zugunsten der Entspannung sind für die Vertreter dieser Ansicht nur eine Maskerade für den Imperialismus, der notwendigerweise aus seinem System erwachse.

Die anderen meinen, Moskau fühle sich von Peking bedroht und bemühe sich daher, seine Beziehungen zu Europa und den USA durch Entspannung und durch Sicherung eines unantastbaren Status quo zu regeln: Die Sowjets fürchteten mehr als alle anderen die Krise des Kapitalismus und die Ölkrise, Eurokommunismus und Islam, lauter Faktoren, die in ihrem

eigenen Bereich destabilisierend wirken; anderswo, wie in Afrika, schiebe sie ihre Schachfiguren vor, aber nur bei Konflikten, die sie nicht selber ausgelöst hat. Wenn sie dort handle, so nur in Antwort auf Hilferufe oder um ihre Verdrängung durch die Amerikaner aus benachbarten Regionen, wie dem Mittleren Osten, zu kompensieren. Die Sowjetführung wisse, wie unsicher – in Ägypten – oder wie kostspielig – Kuba – es für sie ist, in fernen Ländern Fuss zu fassen und habe keine Sehnsucht nach weiteren ähnlichen Erfahrungen. Ihre ideologischen Kampfaufrufe seien in erster Linie für den inneren Gebrauch bestimmt, ihre Diplomatie diene einer auf das Nationalinteresse und die Erhaltung des Status quo eingestellten Realpolitik. Beide Interpretationen setzen jedoch eindeutige Definitionen von Begriffen wie «nationales Interesse» und «Sicherheit» voraus, klare Unterscheidungen zwischen Offensive und Defensive, zwischen Expansion und Status quo, zwischen Entspannungspolitik und Politik der Stärke und eine ein für allemal gültige Bestimmung der Ziele und Mittel. Das führt zum Verkennen des spezifischen Charakters unserer Epoche wie jenes der sowjetischen Politik.

### *Der «Heisse Friede»*

Unsere Epoche ist durch den «Heissen Frieden» charakterisiert, wie ich es im Gegensatz zum Kalten Krieg genannt habe. Das Prinzip der Ost-West-Konfrontation ist von einer Vielfalt von Konflikten abgelöst worden, die aus anderen Gegensätzen entspringen, aber mittelbar das Kräfteverhältnis Ost-West beeinflussen. In Europa werden durch die Tatsache, dass im Geist der Entspannung der Status quo akzeptiert wurde, Kräfte freigesetzt, die nach einer Änderung streben und eben dadurch den Status quo in Frage stellen; das kann eine Regression hervorrufen und weniger stabile national-staatliche, soziale oder regionale Rahmen sprengen. In all diesen Fällen verwandelt sich das Kräftespiel zwischen Ost und West in einen Wettstreit um die Kontrolle dieser Kräfte, um ihre Nutzung für die eigenen Ziele, ohne die grundlegenden und vorteilhaften Elemente des Status quo – nuklearer Dialog, Vorherrschaft in der eigenen Sphäre, gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit – zu zerstören. Solange dies der Sowjetunion gelingt, kann sie dank den Einschränkungen, die der Status quo auferlegt und dank dessen Entwicklungsmöglichkeiten – Chruschtschow sprach vom «dynamischen Status quo», in den er «den historischen Prozess der Befreiung der Kolonialvölker im Bündnis mit dem sozialistischen Lager» einschloss – einer Wahl zwischen jenen Zielsetzungen und Strategien ausweichen, die im Ernstfall unvereinbar wären.

Diese Einschränkungen und Möglichkeiten werden noch durch die inneren Besonderheiten der Sowjetunion akzentuiert. Ihre zwei Hauptkennzeichen – die geopolitischen Dimensionen, besonders im Vergleich mit ihren europäischen Nachbarn, und die Natur ihrer Legitimität, die aus ihren revolutionären Ursprüngen herrührt – zwingen sie zu dynamischen Beziehungen mit ihrer Umgebung. Sie bedroht ihre Nachbarn schon durch ihre Masse. Sie sieht sich selber aufgrund des einzigartigen Charakters ihres Regimes und ihres Anspruchs auf ideologische Führung von ihnen bedroht. Gehen wir zunächst davon aus, dass Entwicklung und Sicherheit ihre Hauptziele sind. Die erstere bedingt notwendig eine Mischung aus Rivalität und Zusammenarbeit mit dem Westen, aus Öffnung und Isolierung. Die zweite kann nur in imperialen Begriffen konzipiert werden und muss daher in der ideologischen, wirtschaftlichen und geistigen Anziehungskraft der Nachbarn eine Bedrohung sehen.

Die Notwendigkeit, die *wirtschaftliche* Autarkie zum Teil aufzugeben, führt notwendig zum Wunsch nach *politischer* Autarkie. Die unvermeidbare defensive Feindseligkeit gefährdet jene Entspannung, die die UdSSR aus diplomatischen und ideologischen Gründen erhalten möchte. Die defensive Sorge um die Verbesserung oder mindestens um die Erhaltung des Status quo im Inneren des Imperiums hat die offensive Sorge um die Kontrolle des Status quo ausserhalb zur Folge, oder mindestens den Zwang, Tendenzen zu bekämpfen, die die Stärke oder die Anziehungskraft der Nachbarn erhöhen und daher auf die Satelliten oder Untertanen einen negativen Einfluss haben könnten.

Die Klage des Eingekreisten – eine Eigenart der Sowjetunion seit ihrer Entstehung – ist unmöglich zu beschwichtigen; ihr Sinn ändert sich jedoch grundlegend, wenn es sich nicht mehr um die Klage eines von Bürgerkrieg und ausländischer Intervention bedrohten Regimes handelt – das immerhin noch die Kraft hatte, Georgien zu annexieren und in Polen einzudringen –, sondern um diejenige eines Imperiums, von dem sich andere Gebiete wie China oder Europa ihrerseits bedroht fühlen können.

Die Unmöglichkeit, Begriffe zu trennen, die das westliche Denken im allgemeinen als unvereinbar betrachtet, zeigt sich am Beispiel des sowjetischen Gebrauchs von Ausdrücken wie «friedliche Koexistenz» und «Kräfteverhältnis». Die Deutung des ersten dieser Ausdrücke als Fortsetzung des Kampfes mit allen nichtmilitärischen Mitteln ist sattsam bekannt; der zweite, der ungefähr dem im Westen geläufigen Begriff des Gleichgewichts der Kräfte entspricht, ist nicht minder interessant, weil sein Inhalt sich mehr auf den Konflikt bezieht, dynamischer ist. Einerseits betont er die Rolle der gesellschaftlichen Kräfte und ihrer Widersprüche, wobei unterstrichen wird, dass die daraus resultierende permanente

Konfliktsituation nicht dauerhaft stabilisiert werden kann, dass Ereignisse und Änderungen der einen oder anderen Seite zugute kommen und auf lange Sicht dem imperialistischen Lager nützen.

Am strittigsten ist dabei die Bewertung der Rolle des Militärs in der Dynamik des Konflikts. Wohlgemerkt, es handelt sich nicht um eine militaristische Konzeption, die auf direkte Eroberung abzielt; noch weniger ist sie freilich auf den Determinismus der wirtschaftlichen Kräfte und den ideologischen Wettstreit der Modelle gegründet. Das Militär spielt darin eine fundamentale Rolle, die jedoch vor allem politisch ist; sein Aufgabenkreis reicht von der Rolle des Gendarmen im Innern des Imperiums bis zur diplomatischen und politischen Projektion der Macht nach aussen; dazu gehört die Abschreckung als Mittel für den Schutz anti-imperialistischer Bewegungen in der Dritten Welt gegen die «kapitalistische Konterrevolution». Bis vor kurzer Zeit hat die UdSSR seit 1945 ihre Streitkräfte ausschliesslich gegen ihre eigenen Verbündeten eingesetzt; anderswo bestand die Rolle ihrer militärischen Kraft weder in der Eroberung noch in direkter Bedrohung, sondern in der politischen Ausnutzung der Widersprüche zwischen ihren Gegnern, oder der unterschiedlichen Lage der Ansichten und Prioritäten unter den Angehörigen der Regierungskreise eines Landes, unter Verbündeten oder gar zwischen Kontinenten.

Heute wächst die Bedeutung der militärischen Stärke in der komplexen Gleichung der sowjetischen Politik. Im gleichen Mass, in dem es der UdSSR gelingt, das nukleare Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verschieben, und in bisher unzugänglichen Regionen präsent zu sein, verstärkt sich nicht nur die Rolle des Militärs, die auf psychologischem Einfluss durch Druck oder Abschreckung beruht, wodurch z. B. eine amerikanische militärische Aktion im Mittelmeer erschwert würde. Ein anderer Aspekt militärischer Aktion, nämlich die direkte Besetzung, scheint sich abzuzeichnen. Es ist neu an der sowjetischen Rolle in Angola und vor allem in Äthiopien, dass es sich nicht mehr um eine der traditionellen Umwälzungen im Innern eines Landes oder in einer Region der Dritten Welt handelt, die der Sowjetunion zugute kommen können wie in Iran oder Afghanistan, während sie in Ägypten oder Indien den USA nützten; es war die militärische Aktion der Kubaner und der Sowjets, die die Entscheidung zugunsten der MPLA in Angola und noch mehr den Sieg des äthiopischen Regimes gegen Somalia und gegen die Nationalisten von Erythräa herbeiführte; und es ist die Präsenz ihrer Truppen, die die mit ihnen verbündeten Regimes an der Macht hält.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Führer Angolas und Äthiopiens, einmal fest an der Macht, dazu neigen werden, ihre Unabhängigkeit zu betonen und Kontakte mit dem Westen zu knüpfen; nicht mehr so sicher

ist, dass sie dazu die gleiche Möglichkeit haben wie seinerzeit Sadat. Mit anderen Worten, es könnten Zonen sowjetischen Einflusses, sowjetischer Kontrolle entstehen – auf halbem Weg zwischen der massiven Präsenz sowjetischer Macht in Osteuropa und der Dritten Welt, wo die geographische Entfernung die sowjetische Präsenz unsicher und vorübergehend macht. Die Ausnützung des arabisch-israelischen, des äthiopisch-somalischen Konfliktes und vor allem jenes im südlichen Afrika, wo die Sowjetunion Chancen hat, für die beteiligten Staaten und Bewegungen eine unersetzliche Rolle im Kampf gegen Südafrika zu spielen, könnte gute Voraussetzungen für eine solche Präsenz schaffen, die von Waffenlieferungen über die Entsendung von Militärberatern bis zum direkten Engagement reichen. Eine Grenze wäre vor allem durch die Gefahr der Eskalierung gesetzt.

### *Beschleunigung oder Kontrolle?*

Das eigentliche Dilemma für die UdSSR ist nicht Defensive oder Offensive, sondern eher die Frage von Bewegung und Kontrolle. Genau wie die Kommunistischen Parteien weiß die UdSSR, dass sie nur dann weiterkommt, wenn sie von günstigen Trends getragen wird; sie weiß aber auch, dass man manchmal zur direkten Aktion greifen muss, um die Früchte zu pflücken, manchmal um zu bremsen und die Kontrolle nicht zu verlieren.

Die UdSSR wünscht sich die Isolation und den kontrollierten Zerfall des Westens, sie weiß jedoch, dass sie diesen Prozess nicht so kontrollieren kann wie ihr eigenes Imperium. Solange er langsam und stetig verläuft, muss sie keine entscheidenden Beschlüsse fassen; sie kann gleichzeitig von verschiedenen, scheinbar unvereinbaren Vorteilen profitieren. Eine Beschleunigung dieses Prozesses, die Entstehung revolutionärer Situationen oder eines strategischen Vakuums könnte sie zu etwas zwingen, was ihr zutiefst widerstrebt: zur Wahl zwischen der Strategie der Vorsicht und des Abenteuers, zwischen örtlich und zeitlich begrenzten Vorteilen und der Gefahr langfristiger globaler Rückschläge. Im allgemeinen besteht eine solche Entscheidung aus einer Folge anfänglichen Zögerns, von Versuchen, die Lage auszunützen und Rückzugsmanövern, wenn es schlecht auszugehen droht, doch können sich, je nach der Person des Führers und dem Kräfteverhältnis, die Akzente verschieben.

Stalin verkörperte das Prinzip absoluter Kontrolle nach aussen und innen: keine Rote Armee ohne Kommunismus, kein Kommunismus ohne die Rote Armee. Bei Chruschtschow spürte man Vertrauen in den dyna-

mischen Prozess, das ihn zu Abenteuerlichkeit ausserhalb des Reiches und zu Lockerung im Innern führte, zu einem «vorzeitigen Globalismus», wie es Brzezinski ausdrückt, gefolgt von «Kapitulationismus», wie die Chinesen sagen. Die kollektive und später die Breschnjewsche Führung schien zuerst einen Rückzug auf Stalinsche Posten anzustreben, ein Primat der territorialen Kontrolle. Gleichzeitig aber legte sie die Grundlagen für einen realistischeren Globalismus, gegründet auf Machtinstrumente, über die Chruschtschow nicht verfügt hatte. Breschnjew verkörperte gewissermassen eine Synthese von Chruschtschows Zielen und Stalins Mitteln; er will die Macht der UdSSR nach aussen und die Funktionsfähigkeit der kommunistischen Regimes nach innen erhöhen, indem er mehr den Akzent auf Kontrolle, Kohäsion und eine weniger in Erscheinung tretende, aber reellere Militärmacht legt. Die Frage bleibt, ob Elemente die er nicht kontrollieren kann, jetzt oder später zu einem Dilemma *à la* Chruschtschow führen.

Ein Element ist die Gefahr der Expansion für die Autorität der sowjetischen Partei im Innern des Reiches. Sie mag entscheidend sein als Argument gegen eine totale kulturelle und wirtschaftliche Öffnung der sowjetischen Gesellschaft nach dem Westen, es könnte jedoch sein, dass sie nicht ausreicht, um die Sowjetunion von den klaren aussenpolitischen Vorteilen abzubringen: die Vorteile einer Schwächung des Westens durch Absplitterung von NATO-Staaten oder noch eher des Irans könnte das Risiko einer eurokommunistischen bzw. islamischen Ansteckung überwiegen, sofern dieses Risiko durch präventive Repression im Innern eingeschränkt wird.

Das unmittelbarste Risiko liegt jedoch in der amerikanischen und deutschen Reaktion. Ein Wiederaufstieg der Falken könnte aus der Sicht der Russen die dreifache Gefahr einer neuen militärischen Eskalation verstärken: die Gefahr, dass die USA und die Bundesrepublik ihre technische Überlegenheit voll ins Spiel brächten und sich zu militärischen Abenteuern hinreissen lassen könnten; die Gefahr einer irreversiblen Einschränkung der wirtschaftlichen Ost-West-Kontakte, die Moskau, trotz aller Täuschungsmanöver, weiterhin dringend braucht; schliesslich, und vor allem die Gefahr einer verstärkten Koalition zwischen den USA, Japan, Europa und China. Es ist verständlich, dass die Herren im Kreml, um diese Perspektiven zu bannen, eine optimale Kombination zwischen Versöhnungspolitik und Druck suchen, zwischen Mässigung und einer Politik der Faustpfänder.

Daraus erklärt sich die schwindelerregende Folge von Änderungen der Perspektiven in den Jahren 1978 und 1979. Im Frühling 1978: die prosowjetischen Coups in Jemen und Afghanistan, Erfolg Äthiopiens, der

Erfolg der Kampagne gegen die Neutronenbombe, die Unentschlossenheit des Westens vermittelten den Eindruck eines sowjetischen Vorstosses angesichts eines unentschlossenen Amerikas, eines ohnmächtigen Chinas und eines nichtexistierenden Europas. Im Herbst hat sich alles geändert: chinesisch-japanischer Vertrag, Reise Hua Kuo-fengs durch Osteuropa, Wahl eines polnischen Papstes, Erfolg Carters in Camp David, Einladung Deng-Xiao-pings in die USA – alles scheint sich zur Einkreisung der Sowjetunion verschworen zu haben. Wenige Wochen später die iranische Revolution, die, selbst wenn die UdSSR nichts mit ihrem Ursprung zu tun und keinen Einfluss auf das neue Regime hat, einen strategischen Vorteil für sie bedeutet, da sie die Demontage des westlichen Strategischen Systems in einer strategischen und wirtschaftlichen Schlüsselregion zur Folge hat; die Invasion Kambodschas durch Vietnam führt zwar zur diplomatischen Isolierung Vietnams und der Sowjetunion, bringt aber dennoch bedeutsame strategische Vorteile in Südostasien. Der chinesische Angriff auf Vietnam und die Untätigkeit der Sowjets mögen im lokalen Massstab Chinas Prestige erneuern, im Weltmassstab und vor allem in Europa beunruhigen sich die Anhänger der «chinesischen Karte» und beruhigen jene, die auf die Mässigung der Sowjets setzen. Die Perspektive der SALT-Verträge und der sowjetisch-chinesischen Verhandlungen erwecken kurzfristig einen gewissen Entspannungs-Optimismus, wenn sie auch langfristig mit gleicher Berechtigung im Westen zur Beunruhigung beitragen können.

### *Militärische Macht ist nicht überholt*

Da drängen sich einige Fragen auf über die gegenwärtige Lage der UdSSR und die Perspektive ihrer Politik. Erstens: die beiden Perspektiven – einer eingekreisten und einer expansiven Sowjetunion – sind offenbar beide richtig, doch in verschiedenem Mass und unter verschiedenen Bedingungen. Vom Standpunkt der abstrakten oder langfristigen diplomatischen Geometrie ist es in der Tat auffallend, dass vier der fünf Hauptakteure der heutigen Welt untereinander bessere Beziehungen unterhalten als mit der Sowjetunion. Aber von diesen vier sind die USA unsicher und uneinig, ist China eine schwache Militärmacht und im Innern Schauplatz zahlreicher Umwälzungen, ist Japan keine militärische Grossmacht und Europa überhaupt keine Macht. Nichts garantiert die zukünftige Stabilität, die Wirksamkeit ihrer virtuellen Koalition. Im Gegensatz dazu sind die Erfolge der UdSSR um so greifbarer, sei es infolge der Implantation, sei es – wie in Iran – weil die Geschichte ihr Wort gesprochen hat.

Vor allem hat die Sowjetunion, eben weil ihre Handlungen von einer

einzigsten Stelle ausgehen und weil sie weniger dem Einfluss einer Allianz oder der öffentlichen Meinung ausgesetzt ist, den Vorteil grösserer, insbesondere militärischer Handlungsfähigkeit. Daraus ergibt sich ein Wettlauf mit der Zeit: die Sowjetunion hat kein Interesse, der Koalition Zeit zur Festigung, Europa und vor allem China Zeit zum Erstarken zu lassen. Trotzdem gibt es Gründe zum Zögern zwischen der Betonung von Entspannung, um Chinas Partner zu verlocken und Wagnis, um Chinas Aufstieg zu verhindern. Um so mehr, als die Welt sich nicht auf dieses Fünfeck beschränkt und die inneren Revolutionen und regionalen Konflikte vom Balkan über den Mittleren Osten bis nach Afrika neue Gelegenheiten, aber auch neue Gefahren schaffen.

Das führt zu zwei weiteren Feststellungen. Erstens: trotz allem, was der Westen, von der Carter-Administration bis zu Westeuropas Linker, nach Vietnam zu hoffen begonnen hatte, ist die militärische Macht nicht aus der Mode gekommen. Es ist ihr sogar selten so gut gegangen wie jetzt, und das sichert der Sowjetunion einen Vorteil. Man muss sogar befürchten, dass die französische Militärexpedition nach Zaïre nicht nur ein Vorspiel war, und dass die Carter-Administration, überdrüssig der Vorwürfe über ihre Ohnmacht, nicht dem Beispiel Kennedys nach dem Treffen von Wien im Jahre 1961 folgt und versucht, ihre Mannhaftigkeit durch ein militärisches Abenteuer zu beweisen. Andererseits: was es an gewalttätigen Konflikten wirklich gegeben hat, war eher das Produkt von Konflikten zwischen kommunistischen Staaten, zwischen Staaten der Dritten Welt, zwischen westlichen Staaten und Kolonien oder ehemaligen Kolonien als von Konflikten zwischen westlichen Staaten oder zwischen Ost und West.

Trotz der Verschiebung des strategischen Kräfteverhältnisses zwischen der UdSSR und den USA sowie jenem in Europa, scheint die Gefahr, die aus den Ost-West-Beziehungen stammt, eher indirekt zu sein. Die meisten Gefahren sind verbunden mit den Beziehungen Ost-Ost und Nord-Süd. Die ersten kommen dem Westen zugute, sofern er sich nicht in die Konflikte zwischen kommunistischen Ländern hineinziehen lässt. Umgekehrt scheinen die Nord-Süd-Konflikte der Sowjetunion zugute zu kommen, trotz der Minderung ihres Ansehens in der Dritten Welt und der Schwäche ihrer Wirtschaftshilfe. Es kommt daher, dass die beiden grossen Konflikte: der islamische Aufstand gegen die kapitalistische Modernisierung und der Widerstand der ehemaligen Kolonialvölker gegen die Überbleibsel des Kolonialismus, und zwar vor allem im südlichen Afrika, den Westen in die Defensive drängen, auch wenn er seine alten Sünden bereut. Es bleiben ihm nur die Waffen der Wirtschaft und der Menschenrechte, die zwar die Aktionsfreiheit der UdSSR einschränken, deren Wirkung jedoch, wie sich im Iran gezeigt hat, zweischneidig ist.

Europa geniesst das doppelte Privilegium, dass es der letzte Zufluchtsort der Bipolarität ist, und dass hier militärische Macht am wenigsten zur Anwendung kommt. Zwischen diesen beiden Aspekten besteht eine Verbindung; wenn im Gegensatz zum Krieg zwischen den beiden Koreas und dem Krieg zwischen den beiden Vietnam der Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten nicht stattgefunden hat, wenn, allgemeiner gesagt, die Spaltung Europas, Deutschlands, Berlins nicht zum Krieg geführt hat, so, weil der Umstand, dass sich die beiden Grossen mit ihren Truppen und ihren Kernwaffen hier direkt gegenüberstehen, jede militärische Konfrontation zwischen ihnen allzu gefährlich macht und ihnen andererseits mehr Kontrolle über ihre Verbündeten gibt. Das führt zu einer Stabilität der Allianzen und der militärischen Organisationen, wie sie in anderen Regionen unbekannt sind. Es schafft aber auch eine Barriere gegen jede innere Änderung.

Hängt diese Stabilität mit ihren Vorteilen für die Ost-West-Sicherheit und ihren Nachteilen für die Unabhängigkeit der Staaten und die Freiheit der Völker gleichzeitig vom direkten Engagement der Grossen, von ihrem Bedarf nach Gleichgewicht, und von der relativen Isolierung Europas ab? Mit anderen Worten: werden die Umwälzungen und Konflikte des Fernen und des Nahen Ostens und Afrikas schliesslich die privilegierte insuläre Lage Europas zum Anachronismus machen?

Vom Standpunkt der sowjetischen Politik erfordert die besondere Situation des europäischen Kontinents die Unterscheidung von drei Perspektiven: die Perspektive der Dauer- und Endziele, die Perspektive der Lage der letzten zehn Jahre und die Perspektive der Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die neue Faktoren wie die iranische Revolution oder die Aktivität Chinas für die Sowjetunion in Europa schaffen könnten.

Das Endziel der Sowjetunion ist sicherlich die Stellung einer Vormacht auf dem Kontinent, die Ausübung des Rechts des Einblicks und der Kontrolle der europäischen Sicherheit, was einer Art militärischen Protektorats und ideologischer Überwachung gleichkommt. Bedeutet das Europas Bolschewisierung, «Finnlandisierung», seine Zerstückelung, oder seine Einheit unter sowjetischem Protektorat? Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Sowjets diese Frage selber klar gestellt haben, und es ist möglich, dass der Ärger mit unabhängigen kommunistischen Staaten wie China sie dazu führt, langfristig einem nichtkommunistischen, aber schwachen und zersplitterten Deutschland und Westeuropa vor einem starken und geeinten, wenn auch kommunistischen Deutschland und Westeuropa den Vorzug zu geben. Es steht jedoch fest, dass die Sowjetführung einerseits nicht darauf verzichtet hat, die abtrünnigen oder ketzerischen kommunistischen Staaten wie Jugoslawien, Albanien und Rumänien

schliesslich doch wieder in ihren Bannkreis zu ziehen, und jedes Land, das sozialistisch würde, in die Sphäre der Doktrin der begrenzten Souveränität einzubeziehen, und dass sie ein Europa wünschen, in dem es keinen anderen Pol der ideologischen oder wirtschaftlichen Anziehungskraft und keine militärische Macht gäbe als sie selber. Ihr Ziel bleibt die Ausschaltung der amerikanischen Präsenz, ohne dass diese durch eine westeuropäische oder deutsche Präsenz ersetzt würde.

Die Sowjets wissen jedoch genau, zu welchen Spannungen ein Versuch zur Erreichung dieses Maximalziels führen würde; sie sehen sich daher genötigt, Prioritäten zu setzen und sich mit Lösungen zu begnügen, die aus ihrer Sicht weniger vollkommen sind. Vor allem wissen sie, dass es sich hier nicht um kurz- oder mittelfristige Operationsziele handeln kann, dass der Status quo Elemente enthält, die sie in absehbarer Zukunft nicht beseitigen können, und auch Vorteile, auf die sie nicht verzichten möchten. Die amerikanische Präsenz, die Teilung Deutschlands, die Prosperität der westlichen Wirtschaft, die Entwicklung der multinationalen Konzerne sind ihnen bisher immer als Elemente von grosser Dauerhaftigkeit erschienen, die sie zugunsten ihrer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung ausnützen können. Vor allem wissen sie, dass jeder Frontalangriff auf den Status quo Folgen hätte, die den angestrebten Vorzügen diametral entgegengesetzt wären. Von diesem Gesichtspunkt aus hat der «Heisse Frieden» in Europa mehr als anderswo die internationalen Beziehungen verändert.

### *Dynamik des Status quo*

Die Formel des Tages lautet: wer den Status quo verändern will, muss ihn zuerst akzeptieren. Die militärischen und diplomatischen Frontalangriffe *durch Druck* oder durch Appelle zur Auflösung der Blocks und zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems sind der Entspannung aufgrund des Status quo gewichen. Im Mass, wie die Sowjets die amerikanische Präsenz und die westlichen Organisationen, wie NATO und EG akzeptiert haben, hat der Westen seinerseits die bestehenden Grenzen, die DDR und das sowjetische Primat in Osteuropa anerkannt.

Es wäre jedoch ein Fehler anzunehmen, dieser Verzicht auf eine direkte Änderung des Status quo durch Gewalt oder einen diplomatischen Handel bedeute, dass ihn die Sowjets endgültig akzeptiert hätten. Im Gegenteil: erst nachdem die bestehenden Strukturen akzeptiert werden, beginnt in ihrem Inneren und unter ihrer Deckung der Kampf um die Veränderung ihres Inhalts.

Für die Sowjets ist es klar, dass NATO und Warschauer Pakt, EG und

COMECON in einem langfristigen Wettbewerb stehen, dessen Ausgang durch ein Übergewicht von Macht und Einheit mitbestimmt wird, und dass die Stärkung der militärischen Macht die Bemühungen, die Détente unumkehrbar zu machen, nur zwei Aspekte derselben Politik sind, deren Ziel ist, das Gleichgewicht zugunsten des Ostens zu verschieben. Man darf nicht übersehen, dass in Europa und in der gegenwärtigen Periode sich der Charakter der militärischen Kraft und der Verhandlungen grundlegend geändert hat. Die erstere dient weder zum Angriff noch zur direkten Drohung, die letzteren haben nicht zum Ziel, direkte Vorteile, wie Gebietsgewinn oder Neutralisierung oder Wiedervereinigung Deutschlands zu gewinnen oder anzubieten. Sie dienen einer einzigen Strategie oder, bescheidener ausgedrückt, einer politischen Operation, die zum Ziel hat, langfristig und von innen im Rahmen bestehender Strukturen Einfluss auf das Verhalten von Gesellschaften und Regierungen auszuüben.

Für die Sowjets geht es darum, die Einigung Westeuropas zu verhindern und seine Handlungsfähigkeit einzuschränken, während gleichzeitig die Handlungsfreiheit des Ostens wächst. Die SALT-Verhandlungen, die Entfremdung zwischen Deutschland und Westeuropa hervorrufen, und die Installation von SS-20-Raketen, die ausreichen, alle Militärstützpunkte in Westeuropa auszuschalten, oder die aggressive Stellung der Armeen des Warschauer Pakts sind im Grenzfall widersprüchliche, im Normalfall komplementäre Aspekte einer und derselben Politik. Isoliert könnte die militärische Verstärkung eine Erwiderung mit Schockwirkung hervorrufen; die Verhandlungen bringen die Gefahr mit sich, dass der westliche Einfluss im Osten stärker wird. Insgesamt fördern sie in Westeuropa ein Gefühl der Verwirrung, – eine passive Entspannung sowohl in der Rüstung, als auch im ideologischen Kampf.

Das Dilemma von Gewalt und Verhandlungen ist nur ein Beispiel der zahlreichen Dilemmas, die der Sowjetunion so viele Probleme aufgegeben und zweifellos Meinungsverschiedenheiten unter ihren Führern hervorgerufen haben, bei deren Lösung es ihr jedoch in den letzten Jahren weitgehend gelungen ist, das Unvereinbare zu vereinen. Aus der Perspektive regionaler Ziele ging es immer darum, ob die Kontrolle Osteuropas oder der Einfluss auf Westeuropa den Vorrang erhalten sollten. Die Gefahr bestand, dass die Brutalität bei der Durchsetzung des ersten Ziels, wie unter Stalin, einen schädlichen Einfluss auf die Bemühungen um das zweite haben könnten.

Ein anderes Dilemma: Westdeutschland verlocken oder einkreisen, eine bilaterale Annäherung mit ihm erreichen oder es isolieren? Das dritte Dilemma, das zweifellos zu den grössten Widersprüchen zwischen verschiedenen politischen Strategien geführt hat: die westeuropäischen Staaten

gegen die USA ausspielen, in der Hoffnung, den ganzen Kontinent zu beherrschen, oder die USA gegen die Westeuropäer, in der Hoffnung, ein bipolares Kondominium und bilaterale Verhandlungen aufrechtzuerhalten.

### *Kein Zwang zur Wahl*

Gegenwärtig muss die sowjetische Führung freilich nicht zwischen entgegengesetzten Zielsetzungen wählen, sei es, weil sie beide erreichen kann, sei es, weil beide letztlich unerreichbar sind. So war ihre ganze Politik auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa darauf ausgerichtet, die Konsolidierung ihrer Autorität in Osteuropa anzustreben und gleichzeitig mehr Einfluss in Westeuropa zu gewinnen. Sie hat keines dieser Ziele voll erreicht, aber sie hat auch nicht wie einst Stalin und Chruschtschow eines dieser Ziele geopfert oder gefährdet. Ebenso fordert sie zwar gegenwärtig nicht mehr den Abzug der Amerikaner aus Europa, das Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO oder das Statut einer «Freien Stadt» für Westberlin, doch sie versucht, immer im Rahmen der bestehenden Strukturen, eine möglichst tiefe Spaltung zwischen Westberlin und Bundesdeutschland, zwischen Bundesdeutschland und Europa, zwischen Europa und den USA hervorzurufen.

Es gibt auch das Dilemma einer zwischenstaatlichen, auf Realpolitik gegründeten Diplomatie, die sich an die Regierungen wendet, und einer spezifisch kommunistischen, auf Ideologie gegründeten Diplomatie, die sich auf die gesellschaftlichen Kräfte und auf die kommunistischen Parteien stützt. Ein weiteres Dilemma: Soll man bilaterale Verhandlungen den Vorrang geben, die einen Wettbewerb zwischen den Partnern zulassen, oder multinationale Organisationen, sei es indem man den Gemeinsamen Markt akzeptiert, um so die Integration im Osten zu fördern, sei es durch Propagierung eines «gesamteuropäischen Systems».

Vor allem besteht der Widerspruch zwischen den verschiedenen Ebenen der Ost-West-Beziehungen: dem strategischen Dialog, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem ideologischen Kampf im Westen und der kulturellen Abkapselung im Osten. In Wahrheit geht es um die Wahl zwischen der Annahme der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit, für welche die wirtschaftliche Notwendigkeit spricht, und der Isolation und Autarkie, um die politische Kontrolle zu wahren.

Steht die Kontrolle an erster Stelle, begnügt sich die Sowjetunion im Westen, wo sie nicht direkt intervenieren kann, mit einem Druck auf die Entwicklungsprozesse, die sie fördern oder bremsen, aber nicht nach Belieben in Bewegung setzen oder anhalten kann; sie muss sich darauf beschränken,

die sich daraus ergebenden Vorteile zu geniessen oder die Nachteile möglichst gering zu halten.

So gibt es keine endgültige und allgemeingültige Politik der Sowjetunion gegenüber dem Eurokommunismus oder, allgemeiner, gegenüber einer Eroberung der Macht durch die Linke in Westeuropa. Es mag Widersprüche geben zwischen einer diplomatischen und einer ideologischen Ansicht, das bedeutet jedoch noch nicht, dass die eine oder die andere endgültig ist. Der Diplomat mag sich sagen, dass Paris oder Rom wohl eine eurokommunistische Messe wert ist, und dass die Vorteile der Spannung die dadurch in den westlichen Organisationen entstünde, für die sowjetische Aussenpolitik ein paar verbale Ketzereien aufwiegen, während der Ideologe, dessen Mission es ist, die Reinheit der Doktrin zu wahren, die Opportunisten verdammt, die die Doktrin verraten, um an die Macht zu kommen. Umgekehrt kann aber der Ideologe denken, die Hauptsache sei der Fortschritt der Revolution mit allen, selbst legalen Mitteln, während der Diplomat die amerikanische oder deutsche Reaktion und eine Rückkehr zum Kalten Krieg fürchten mag.

Was die Aussenpolitik der westeuropäischen Linken betrifft, ist die sowjetische Haltung nicht weniger flexibel. Offensichtlich hat sie Wohlgefallen an der antideutschen, antieuropäischen, antisozialdemokratischen Kampagne der französischen KP: der «Gaullokommunismus» entspricht genau den sowjetischen Präferenzen und erspart ihr die Wahl zwischen ihren Sympathien für den Gaullismus und der Unterstützung für die Kommunisten. In ihrer eigenen Haltung gegenüber EG und SPD unterscheidet sie sich jedoch stark von den französischen Kommunisten, ohne deshalb gleich die Europa-Begeisterung der KP Italiens zu teilen. Insbesondere unterscheidet sie wie die Italiener zwischen guten und bösen Sozialdemokraten, bietet Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Internationale an und begrüßt die Initiativen Brandts, Bahrs oder Wehnern zur Eindämmung der Rüstung oder den Widerstand gegen die Neutronenbombe und gegen die Einführung neuer Waffensysteme in Westeuropa.

Der Antigermanismus der französischen KP und des RPR und der – allerdings atlantisch orientierte – Pazifismus einer Fraktion der SPD haben in sowjetischer Sicht eins gemeinsam: sie widersprechen der westlichen Doktrin. Überdies gibt es ein echtes Dilemma zwischen der Präferenz für eine Rechte, die keine ideologische Bedrohung darstellt, bei der jedoch die Gefahr besteht, dass sie sich für eine westliche Aufrüstung einsetzt, oder für eine Linke, deren Einfluss auf die westliche Diplomatie und auf die Verhandlungen über eine Rüstungsbegrenzung Sowjetführung günstig, deren Einfluss auf Osteuropa, oder auf ihr eigenes ideologisches Primat, Moskau gefährlich erscheint.

### *Der Wind der Veränderung*

Im grossen und ganzen scheint die sowjetische Politik in Europa den Gegebenheiten einer Region zu entsprechen, in welcher ihre Aktionsmittel beschränkter sind als anderswo und die strukturellen Beschränkungen, auf die sie stösst, unüberwindlicher. Trotzdem könnte es auch hier dazu kommen, dass der Wind der Veränderung heftiger zu wehen beginnt und zwar aus zwei Gründen, die wir anfangs erwähnt haben: die wachsende Rolle der militärischen Macht und die Auswirkungen aussereuropäischer Konflikte.

Vielleicht ist das am schwersten zu erklärende Phänomen der Gegenwart der spektakuläre sowjetische Rüstungsaufwand gegenüber Westeuropa. General Gallois, ein Doktrinär der «*force de frappe*», den sicher niemand der atlantischen Orthodoxie verdächtigen würde, hat kürzlich die offensive Haltung der sowjetischen Streitkräfte und die ausserordentlichen Fortschritte betont, die sie erzielt haben, vor allem dank den auf Westeuropa gerichteten SS-20-Raketen<sup>3</sup>. Wenn man sich davon überzeugt hat, dass die Vorbereitungen eines überraschenden Schlages nicht in Frage kommen, bleiben nur die wenig befriedigenden Erklärungen, es handle sich um eine Investition in die militärische Macht, die sich unter unvorhersehbaren Umständen auszahlen könnte, und die «Finnlandisierung» durch eine Kombination von SALT, MBFR und verringerte Glaubwürdigkeit der USA.

So geheimnisvoll oder hypothetisch der politische Nutzen der sowjetischen Militärmacht im Zentralsektor sein mag, er ist viel deutlicher im Norden und Süden, wo die Disproportion der Kräfte grösser ist. Die skandinavischen Staaten, besonders Norwegen, fühlen ein Wachsen des sowjetischen Druckes und der sowjetischen Arroganz, unterstützt durch Marinemanöver im Bereich Spitzbergens oder in Hinsicht auf die Fischereirechte. Jugoslawien, das gleichfalls keiner atlantischen Orthodoxie verdächtig ist, scheint durch die sowjetische Aktion äusserst beunruhigt. Ebenso wie Rumänien scheint es die Invasion Kambodschas durch vietnamesische Truppen in erster Linie im Lichte der Breschnjew-Doktrin zu interpretieren, das heisst also Besetzung eines abweichlerischen sozialistischen Landes durch einen orthodoxen sozialistischen Staat.

Wieder zeigt sich dramatisch die Bedeutung der Ereignisse in Asien für Europa. Die beiden Schulen, die wir oben genannt haben, können sich zweifellos in einem Punkt einigen: Die Hauptfrage, ja vielleicht die Besessenheit der Sowjetunion konzentriert sich heute auf China. Im Gegensatz zu dem, was de Gaulle vielleicht glaubte, hat diese Sorge nicht dazu geführt, dass die UdSSR das Interesse an Europa verloren hätte. Seit

China aktiv auf der internationalen Szene auftritt, seit Hua Kuo-feng Jugoslawien und Rumänien besucht hat und sich auf einen Besuch Westeuropas vorbereitete, seit China die Einheit und Verteidigungsbereitschaft Westeuropas predigt und dort Waffen zu kaufen sucht, gilt die oberste Priorität der sowjetischen Politik in Europa zweifellos der Vereitelung dieser Pläne. Gegenüber Rumänien und Jugoslawien scheint sie die harte Linie gewählt zu haben. Gegenüber den westlichen kommunistischen Parteien, vor allem den Italienern, die der Reise Huas Beifall spendeten, und gegenüber den westeuropäischen Regierungen wendet sie eine Mischung von Verlockung und direkten oder indirekten Bedrohungen an, wie die gebieterische Einladung Berlinguers nach Moskau im September 1978 und die in recht drohendem Ton gehaltenen Noten, in denen Moskau die Regierungen der westeuropäischen Staaten auffordert, keine Waffen an China zu verkaufen. Mit Ausnahme der britischen Regierung beteuerten diese übrigens schnell ihr Einverständnis; es war die Hauptsorge der französischen und deutschen Führung, die Sowjets nicht zu verärgern, sei es wegen des Drucks der sowjetischen militärischen Präsenz und der Ungewissheit des amerikanischen Schutzes, sei es, weil für Helmut Schmidt die Sowjetunion der Garant gegen eine allzu obstruktionistische Haltung der DDR und für den freien Zugang nach Westberlin ist. Für Valéry Giscard d'Estaing ist sie der Garant, dass die französische KP eine Politik betreibt, die es der Linken unmöglich macht, an die Macht zu kommen. Ihre Vorstellungen von der Rolle der UdSSR mögen stimmen oder nicht; jedenfalls machen sie beide Staatsmänner für diplomatische Erpressung anfällig.

Die Verwundbarkeit Europas ist durch die Ereignisse in Iran sicherlich nicht geringer geworden. Ob das die Sowjetunion gewollt hat oder nicht, die Gefahr, dass Europa von seinen Energiequellen abgeschnitten wird, ist nähergerückt; das schränkt Europas Handlungsfreiheit ein. Vom strategischen Gesichtspunkt ist die Türkei in die erste Linie gerückt, wie Jugoslawien, und beide Seiten widmen ihr viel Aufmerksamkeit. Vielleicht hält die Sturmzone vor Europas Toren an. Trotzdem kann man sich die Frage stellen, Wer kreist wen ein? Besonders wenn man die Frage hinzufügt: Wer ist verantwortlich für die Verschärfung der internationalen Konflikte? Eine einzige Antwort stimmt gewiss: dieses Mal ist es nicht Europa. Das ist jedoch kein Grund für die Europäer, zu erdulden ohne zu begreifen.

<sup>1</sup> «Le Figaro», 11. Januar 1979. –

<sup>2</sup> Pressekonferenz vom 15. November 1978. – <sup>3</sup> P. M. Gallois: «La défense de

l'Europe face au Pacte de Varsovie («Le Monde des conflicts», nov./déc. 1978).